

5.10 »Akzeptanz«

Bearbeitet von Ortwin Renn

5.10.1 *Widerstand gegen Kernenergie und seine Ursachen*

(1) Kaum eine technologische Entwicklung hat so viele öffentliche Debatten hervorgerufen und so vehementen Widerstand ausgelöst wie die Kernenergie. Über die Diskussion der instrumentalen Vor- und Nachteile hinaus ist die Kernenergie zu einem Symbol in der Auseinandersetzung um Wissenschaft, Technik, Wertorientierung und Lebensstil geworden. Kerntechnische Anlagen werden als Stellvertreter eines gesellschaftlich-wissenschaftlichen Systems angesehen, das für viele Probleme der jüngsten Zeit verantwortlich gemacht wird. Umweltverschmutzung, Krisensituation im Wirtschaftsleben, Entfremdung am Arbeitsplatz, Rohstoff- und Energieverschwendung – all diese Schlagworte werden mit der Nutzung der Kernenergie in Verbindung gebracht.¹⁰²

Wie sehr die Kernenergie auch nach zwei Jahrzehnten ihrer Einführung das Denken und Fühlen der Menschen beeinflusst, zeigt sich anschaulich an den Reaktionen auf den Reaktorunfall in Tschernobyl. Obwohl die gesundheitlichen Auswirkungen auf die Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland wahrscheinlich nicht einmal meßbar sein werden, haben Angst und Verunsicherung eine breite Solidarisierung der Bürger gegen die weitere Nutzung der Kernenergie bewirkt. Als Antwort darauf haben SPD und FDP die bis zum Unfall geltende energiepolitische Richtung, die durch den weiteren Ausbau der Kernenergie, der Inbetriebnahme des Schnellen Brütters in Kal-

¹⁰² Vgl. A. Lovins, *Sanfte Energie*, Reinbek 1978. Zur Analyse vgl. O. Renn, *Verbeißung und Illusion. Chancen und Grenzen eines alternativen Lebensstils*, Berlin 1984.

kar und der Bau einer Wiederaufbereitungsanlage gekennzeichnet war, aufgegeben und eine kritischere Haltung zur Kernenergie entwickelt. Auch innerhalb der CDU lassen sich Bestrebungen ausmachen, zumindest mittelfristig aus der Kernenergie auszusteigen. Inwieweit sich diese Kräfte in der CDU durchsetzen können, ließ sich zum Zeitpunkt der Drucklegung dieses Buches noch nicht abschätzen. Nach der Wahl in Niedersachsen, in der trotz der eindeutigen Befürwortung der Kernenergie durch Ministerpräsident Albrecht die Koalition aus CDU und FDP einen Wahlsieg davontrug, hat sich die Pro-Kernenergie-Fraktion innerhalb der CDU wieder stabilisiert. Dennoch wird Tschernobyl insgesamt zu einer Verlangsamung des Kernenergieausbaus in der Bundesrepublik Deutschland beitragen.

Ob mit dem Unfall von Tschernobyl jedoch das Ende der Kernenergienutzung eingeläutet worden ist, dürfte zu Recht bezweifelt werden. Zum einen bleiben die Gründe für die wirtschaftliche Notwendigkeit der nuklearen Energieversorgung weiterhin gültig, zum anderen glätten sich die negativen Meinungen wieder, sobald der zeitliche Abstand größer wird und eine nüchternere Bestandsaufnahme der durch Tschernobyl verursachten Schäden vorgenommen worden ist. Ein Blick in die Geschichte der technischen Innovation lehrt uns nämlich, daß zu allen Zeiten neue technische Systeme umstritten waren und der technische Fortschritt auf Opposition und Ablehnung gestoßen ist.

(2) Nicht nur in der heutigen Zeit, wo Kernkraftwerke, Mikroprozessoren oder Chemiewerke zunehmend als Bedrohung und weniger als Wohltat begriffen werden, ist die Kritik an der Technik zu einem bestimmenden Merkmal der öffentlichen Meinung geworden. Auch im 19. Jahrhundert hat es mannigfachen Widerstand gegen neue Techniken gegeben. Besonders plakativ war die wissenschaftliche Auseinandersetzung um die Einführung der Eisenbahn, wo man keine Einigung über die gesundheitlichen Gefahren bei hoher Geschwindigkeit (das hieß damals 30 km/h) erzielen konnte. Auch so wenig dramatische Veränderungen wie die Einführung der Gaslaterne haben Opposition und Unbehagen erzeugt. So wettete die *Kölnische Zeitung* im Jahr 1819 mit einer ganzen Palette von Argumenten gegen diese neue Art der Stadtbeleuchtung und führte folgende Erwägungen ins Feld:

»Aus theologischen Gründen: weil sie als Eingriff in die Ordnung Gottes erscheint. Nach dieser ist die Nacht zur Finsternis eingesetzt, die nur zu gewissen Zeiten vom Mondlicht unterbrochen wird. Dagegen dürfen wir uns nicht auflehnen, den Weltplan nicht hofmeistern, die Nacht nicht zum Tage verkehren wollen.

Aus juristischen Gründen: weil die Kosten dieser Beleuchtung durch eine indirekte Besteuerung aufgebracht werden sollen. Warum soll dieser und jener für ei-

ne Einrichtung zahlen, die ihm gleichgültig ist, da sie ihm keinen Nutzen bringt oder ihn gar in manchen Verrichtungen stört.

Aus medizinischen Gründen: die Gasausdünstung wirkt nachteilig auf die Gesundheit schwachleibiger und zartnerviger Personen und legt auch dadurch zu vielen Krankheiten den Stoff, weil sie den Leuten das nächtliche Verweilen auf den Straßen leichter macht und ihnen Schnupfen, Husten und Erkältung auf den Hals zieht.

Aus philosophisch-moralischen Gründen: die Sittlichkeit wird durch Gassenbeleuchtung verschlimmert. Die künstliche Helle verscheucht in den Gemütern das Grauen vor der Finsternis, das die Schwachen von mancher Sünde abhält. Die Helle macht den Trinker sicher, daß er in den Zechstuben bis in die Nacht hinein schwelgt, und sie verkuppelt verliebte Paare.

Aus polizeilichen Gründen: sie macht die Pferde scheu und die Diebe kühn.

Aus volkstümlichen Gründen: öffentliche Feste haben den Zweck, das Nationalgefühl zu wecken. Illuminationen sind hierzu vorzüglich geschickt. Dieser Eindruck wird aber geschwächt, wenn derselbe durch allnächtliche Quasi-Illuminationen abgestumpft wird. Daher gafft sich der Landmann toller in dem Lichtglanz als der lichtgesättigte Großstädter.¹⁰³

(3) Techniküberdruß, Naturbewegung, Industriefeindlichkeit und Zukunftsangst sind also keine alleinigen Kennzeichen der modernen Gesellschaft. Bislang haben sich jedoch Tendenzen zur Industrialisierung durchsetzen können: Wir beobachten weiterhin eine zunehmende Verstädterung der Siedlungsstrukturen, eine zunehmende Zentralisierung von Entscheidungsbefugnissen und eine zunehmende Technisierung des Alltags. Können wir also zur Tagesordnung zurückkehren, in der Erkenntnis, daß sich der technische und industrielle Fortschritt von selbst durchsetzen wird? Man sollte sich vor der Auffassung hüten, die gegenüber der Kernenergie bekundete Ablehnung gehe ohne unser Zutun einfach nur deshalb vorüber, weil die Menschen sich an diese Art der Energieerzeugung gewöhnen werden. Anders als damals müssen in der heutigen Auseinandersetzung um die Kernenergie einige Besonderheiten herausgestellt werden, die für die Proteste der Vergangenheit nicht typisch waren und die mit dafür verantwortlich sind, daß nach Tschernobyl die Bevölkerung in der großen Mehrheit ein Auslaufen der Kernenergie so bald wie möglich befürwortet.

- Waren in der Vergangenheit Innovationsproteste meist Ausdruck der Besorgnis um die Stabilität der eigenen Sozialposition (die etwa durch den Zuzug neuer Elitegruppen bei großtechnischen Anlagen gefährdet war) oder beruhten sie auf eher konservativen bodenständigen Argumenten, so zeigt sich in der Frage des Protestes gegen großtechnische

¹⁰³ *Energiewirtschaftliche Tagesfragen*, Heft 11/1979, S. 691.

Einrichtungen eine vollständige Umkehrung der sozialen Zusammensetzung von Gegnern und Befürwortern. Unter den Protestlern finden sich überwiegend junge Menschen, Personen, die keine sozialen Positionen gegen Aufsteiger verteidigen müssen, sondern die erst am Anfang ihrer beruflichen Karriere stehen, Angehörige der oberen Mittelschicht, die häufig nur indirekt betroffen sind und dadurch ein hohes Maß an Vertrauensvorschuß genießen, und Personengruppen mit höherem Ausbildungsniveau, die in Sprache, Argumentationsstil und Auftreten den Befürwortern in keiner Weise nachstehen. Werden Innovationen von jungen aufstrebenden Bevölkerungsgruppen getragen, so ist es nur eine Frage der Zeit, bis sich diese Neuerungen durchsetzen. Geht aber umgekehrt der Protest von diesem Kreis der Bevölkerung aus, so ist eine Prognose für die Zukunft schwer zu erstellen. Sicher scheint nur, daß der Faktor Zeit alleine keine Lösung der Konflikte bringen kann.¹⁰⁴

- Die Rechtfertigung für die Ablehnung der Kernenergie erfolgt weniger aus einer ökonomischen oder technischen Argumentationsebene heraus als vielmehr aus der grundsätzlichen Überlegung, das Gefährdungspotential der Kerntechnik könne nicht mehr durch das Potential der gesellschaftlich verfügbaren Regelungs-, Verarbeitungs- und Kontrollkapazität in Schach gehalten werden. Die Entwicklung zu einem Polizeistaat (Atomstaat) sei deshalb unvermeidlich.¹⁰⁵ Diese Verlagerung auf die gesellschaftspolitische Ebene bedingt ein über den punktuellen Widerstand hinausgehendes politisches Engagement und begünstigt die für die Entstehung einer sozialen Bewegung unerläßliche Verdichtung und Einbettung in ein übergeordnetes Argumentationsfeld mit Weltbild und Handlungsmaxime.¹⁰⁶
- Mit dem Übergang der technisch-ökonomischen Diskussion zu einer politisch-weltanschaulichen Auseinandersetzung verselbständigte sich das Thema Kernenergieprotest zu einer

¹⁰⁴ Vgl. O. Renn, »Die alternative Bewegung: Ursprünge, Quellen und Ziele«, in: A. Rauscher (Hrsg.), *Alternative Ökonomie?*, Köln 1982, S. 11 ff.

¹⁰⁵ R. Jungk, *Der Atomstaat. Vom Fortschritt in die Unmenschlichkeit*, München 1977.

¹⁰⁶ O. Rammstedt, »Soziale Bewegung – Modell und Forschungsperspektiven«, in: H. Matthöfer (Hrsg.), *Bürgerbeteiligung und Bürgerinitiativen (Argumente in der Energiediskussion, Bd. 3)*, Villingen 1977, S. 454 ff.

symbolischen Streitfrage über gesellschaftliche Wertorientierungen. Die Verunsicherung über die tatsächlichen Risiken und Gefahren der Kernenergie bedingt eine an symbolischen Assoziationen orientierte Haltung, die mit der Bejahung oder Verneinung von Großtechnik eine Entscheidung für oder gegen Muster von Werten, Zukunftsvorstellungen und sozialen Einstellungen verbindet.

(4) Aus der Analyse der heutigen Kontroverse um Kernenergie wird also deutlich, daß der Protest zwar Ähnlichkeiten mit historischen Entwicklungen aufweist, jedoch einige spezifische Randbedingungen vorliegen, die eine Prognose der Bewegung gegen den Bau von Nuklearanlagen erschweren. Dies zeigt sich augenscheinlich, wenn man sich mit den Konsequenzen der Anti-Kernenergie-Bewegung vertraut macht. Darunter sind vor allem folgende zu nennen:

- Als erste Konsequenz der Politisierung der Kernenergiedebatte ist der Vertrauensentzug im Bereich von Wissenschaft, Technik und Planungsbehörden zu nennen. Die Uneinigkeit zwischen den Experten, die ja ebenfalls in ihren eigenen Weltanschauungen und Einstellungen den subjektiven Strömungen der Zeit unterworfen sind, die hilflosen Reaktionen der Behörden auf Proteste, das hilflose Agieren bei echter radioaktiver Belastung wie nach Tschernobyl sowie das beharrliche Festhalten an technischen Argumenten auf seiten der Industrie haben zu einer Vertrauenskrise¹⁰⁷ gegenüber der wissenschaftlichen Expertise als einer angeblich objektiven Form der Beschaffung von Entscheidungsgrundlagen und zu einem Mißtrauen in die Zweckrationalität von Planungsbehörden und Technikern geführt.¹⁰⁸
- Als zweite Konsequenz und gleichzeitig als Ausfluß der Vertrauenskrise von Wissenschaft, Technik und Bürokratie entstanden der Wunsch und die Forderung nach verstärkter Mitbestimmung (Partizipation). Die mangelnde Absorption des Aufbegehrens gegen Großtechnik durch politische Vertretungen, wie Interessengruppen, Lobbys oder auch Parteien, hat sich in der Bildung neuer partizipativer Formen, wie Bürgerinitiativen, niedergeschlagen.

¹⁰⁷ Vgl. H. Klages, *Wertorientierungen im Wandel. Rückblick, Gegenwartsanalyse, Prognosen*, Frankfurt/M., New York 1984, S. 47.

¹⁰⁸ H. Nowotny, *Kernenergie: Gefahr oder Notwendigkeit. Anatomie eines Konfliktes*, Frankfurt/M. 1979, S. 44 ff.

- Das Unverständnis großer Teile der Bevölkerung für die getroffenen politischen Entscheidungen, die mangelnde Repräsentationsfähigkeit der Parteien im Meinungsspektrum zum Thema Kernenergie und die schwindende Rechtfertigungsbasis der Entscheidungsträger aufgrund des Glaubwürdigkeitsverlustes von Wissenschaft und Bürokratie haben insgesamt zu Mißtrauen und Funktionsstörungen zwischen politischem System und Bürger geführt.¹⁰⁹ Inwieweit die ökologische Bewegung eine Krise der parlamentarischen Demokratie herbeigeführt hat, ist in der Literatur umstritten.¹¹⁰ Das Unvermögen des politischen Systems, die für die Durchsetzung von Aufgaben notwendige Unterstützung der Bevölkerung nicht mehr aufrechterhalten zu können,¹¹¹ kurz Legitimationskrise genannt, ist sicherlich im Bereich der Energiepolitik weitgehend spürbar.
- In Ablehnung der traditionellen politischen Zielprogramme ist aus dem Anti-Kernkraft-Protest, aus Überresten der Studentenrevolte, aus der Ökologiebewegung und den alternativen Lebensgruppen ein verändertes gesellschaftliches Weltbild entstanden, das die Ausbildung eines neuen ökologischen Bewußtseins, die Umorientierung des Mensch-Natur-Verhältnisses und die Forderung nach einem alternativen Lebensstil mit veränderter ökonomischer und gesellschaftlicher Struktur umfaßt.¹¹² Dieser Fundus an Grundüberlegungen bildet das Gerüst für neue politische Bewegungen wie die Grünen, die offensichtlich ein breites Spektrum an unzufriedenen und enttäuschten Bürgern anzusprechen versteht. Diese Entwicklung hat einige Autoren zu der Prognose veranlaßt, die Links-rechts-Orientierung würde in Zukunft (ähnlich wie zu Beginn des 20. Jahrhunderts die Ablösung

¹⁰⁹ H. Zilleßen, »Bürgerinitiativen und repräsentative Demokratie«, in: B. Guggenberger und U. Kempf, *Bürgerinitiativen und repräsentatives System*, Opladen 1978, S. 122 ff.

¹¹⁰ B. Guggenberger und U. Kempf, *a. a. O.*, S. 37 ff.; H. Lübbe, »Technischer und sozialer Wandel als Orientierungsproblem«, Vortragsmanuskript, 29. Mai 1979, S. 19.

¹¹¹ J. Habermas, *Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus*, Frankfurt/M. 1973, S. 50.

¹¹² J. Huber, *Technokratie und Menschlichkeit. Zur Theorie einer humanen und demokratischen Systementwicklung*, Achberg 1978; N. R. Müllert, »Veränderungschancen in der Industriegesellschaft«, in: F. Duve (Hrsg.), *Sanfte Technik* (Technologie und Politik, Bd. 11), Reinbek 1978, S. 9–33; ferner D. Dickson, *Alternative Technologie. Strategien der technischen Veränderung*, München 1978, S. 83–115.

des liberal-konservativen Dualismus) durch die neuen Trendlinien grün versus schwarz-rot- ersetzt werden.¹¹³ Bislang vermochte die grüne Bewegung jedoch über den grünen Horizont hinaus noch keine gesamtgesellschaftliche Programmatik zu entwickeln, die eine solche Prognose auf Dauer rechtfertigen konnte.

Diese Aufzählung der besonderen Kennzeichen des Kernenergieprotestes mag genügen, um die Tragweite und die soziale Sprengkraft dieses Themas zu veranschaulichen. Über die Diskussion der Vor- und Nachteile kerntechnischer Anlagen hinaus hat der Protest gegen den Ausbau der Kernenergie die traditionellen Leitbilder von Politik, Ökonomie und individueller Sinnfindung erschüttert. Diese Bewegung hat nur noch wenig mit den Innovationsprotesten der Vergangenheit gemein. Mangelnde Anpassung an Modernisierungstendenzen, Angst vor sozialer Verunsicherung und Sorge um die eigene ökonomische Basis sind nicht mehr die Haupttriebfedern des gesellschaftlichen Protestes. Mit der Anti-Kernkraft-Bewegung ist ein Wandel des grundlegenden Paradigmas der industriellen Gesellschaft verbunden, ähnlich dem Wandel, der die industrielle Revolution befruchtet und vorangetrieben hat.

5.10.2 Themen der Auseinandersetzung zwischen Befürwortern und Gegnern der Kernenergie

In den vergangenen dreißig Jahren wurde die Entwicklung der *Kernenergie* mit verschiedenen Argumenten *gefordert*. Dabei standen und stehen bis heute folgende Argumente im Vordergrund:

- (1) der technische Appeal der Kernenergie (Image als moderne Spitzentechnologie),
- (2) die Versorgungssicherheit, die die Kernenergie gewährleistet,
- (3) der Kostenvorteil der Kernenergie,
- (4) die Begrenzung der Ressourcen an fossilen Brennstoffen,
- (5) die Sicherung des Wirtschaftswachstums,
- (6) das Ölsubstitutionspotential der Kernenergie,

¹¹³ C. Offe, »Die Logik des kleineren Übels. Ein Vorschlag an die Sozialdemokraten«, *Die Zeit*, Nr. 46 vom 9. November 1979; Entgegnung von W. Roth, »Mit den Grünen ins Bett. Warum die Sozialdemokraten die Alternativen am Einzug in den Bundestag hindern wollen«, *Die Zeit*, Nr. 49 vom 30. November 1979.

- (7) die Umweltfreundlichkeit der Kernenergienutzung,
- (8) die Erschließung internationaler Märkte.

Auch die Argumente der *Kernenergiegegner* haben sich gewandelt. Nacheinander, aber keineswegs sich ablösend, wurde geltend gemacht:

- (1) Auch bei störfreiem Betrieb wird die Umgebung von Kernkraftwerken unzumutbar mit Strahlen belastet.
- (2) Flüsse und Atmosphäre werden unzumutbar aufgeheizt.
- (3) Das Risiko eines katastrophalen Reaktorunfalls ist prinzipiell gegeben und damit unannehmbar.
- (4) Kernkraftwerke sind unwirtschaftlich.
- (5) Die Uranversorgung ist nicht gewährleistet.
- (6) Die Entsorgung ist nicht sichergestellt.
- (7) Die Kernenergieentwicklung führt zum Polizeistaat (Atomstaat).
- (8) Die Zurücknahme der Wachstumsziele gestattet einen Verzicht auf die Kernenergie.
- (9) Kernkraftwerke im Ausland gefährden die Gesundheit der bundesdeutschen Bevölkerung im Falle eines schweren Unfalls. Deshalb soll die Bundesrepublik mit gutem Beispiel vorangehen und alle kerntechnischen Anlagen auf dem Gebiet der Bundesrepublik stilllegen.

Dieser Katalog von Argumenten ist sicherlich nicht vollständig. Mit jedem einzelnen setzt sich dieses Buch auseinander. Hier sei nur am Rande bemerkt, daß die beiden ersten Argumente in der Diskussion kaum noch eine Rolle spielen. Das vierte und fünfte halten, wie viele Studienergebnisse und inzwischen vorliegende Erfahrungen zeigen, einer kritischen Prüfung regelmäßig nicht stand, wobei allerdings Prognosen für die Zukunft immer mit Unsicherheit verbunden sind. Ernst zu nehmen sind das dritte, das Risikoargument, und die drei letzten Argumente: Entsorgung, Atomstaat und Entbehrlichkeit. Das dritte ist wohl das schwerwiegendste Argument: Zweifels- ohne ist das Gefährdungspotential durch nukleare Anlagen sehr hoch, die Wahrscheinlichkeit eines größeren Unfalls jedoch extrem gering. Nichtsdestotrotz sind Katastrophen nicht prinzipiell ausgeschlossen, wie das Beispiel Tschernobyl gezeigt hat. Diese Tatsache ist von den Kernenergiebefürwortern auch nie bestritten worden, obwohl sie erst durch Tschernobyl ins allgemeine Bewußtsein gelangt ist.

Glaubt eine Gesellschaft, auf Risikoquellen mit prinzipiell hohem Gefährdungspotential verzichten zu müssen, so ist dies

eine politische Entscheidung, die respektiert werden muß. Allerdings hat dies nicht nur Konsequenzen für die Kernenergie: Chemiewerke, Wasserversorgungsanlagen, große Industriekomplexe und vieles mehr müßten dann verboten werden. Mögen auch psychologische Gründe dafür sprechen, nur bei der Kernenergie ein Exempel zu statuieren, so ist unter politischen Gesichtspunkten eine Gleichbehandlung aller Risikoquellen unerläßlich. Im Endeffekt müßte also ein Großteil der Industrialisierung rückgängig gemacht und auch das bisher erarbeitete ökonomische Niveau der Bundesrepublik Deutschland aufs Spiel gesetzt werden. Ob dieser Preis jedoch den Nutzen des Verzichts auf großtechnische Anlagen rechtfertigt, mag hier dahingestellt bleiben.

5.10.3 Das Unbehagen

Seit Beginn der Nutzung der Kernenergie ist in der Bevölkerung aller westlicher und soweit auch östlicher Staaten ein Unbehagen entstanden, das sich anfangs aus der gedanklichen Verbindungskette »Atombombe und Kerntechnik« nährte, später aber zunehmend die Furcht des Menschen vor einer verselbständigten technischen Entwicklung widerspiegelte. Auch dieses Phänomen ist nicht neu. Vor allem zu Beginn von langfristigen Rezessionsphasen haben sich die Kassandrarufe über die Seelenlosigkeit von Technik und Industrialisierung gehäuft. Die Inhalte der Botschaften sind oft dem jeweiligen Zeitgeist angepaßt, dennoch finden sich immer die gleichen Elemente, die unbewußt tiefliegende mythologische Ängste schüren: der Frevel wider die Natur, die Hybris des Menschen, sich als Herr über die Schöpfung zu wähnen, die Sinnlosigkeit der Maschine, die den Menschen eher unterjochen, als ihm zu dienen. Schon Friedrich Nietzsche brandmarkte den technischen Fortschritt als evolutionäre Sackgasse: »Hybris ist heute unsere ganze Stellung zur Natur, unsere Natur-Vergewaltigung mit Hilfe der Maschinen und der so unbedenklichen Techniker- und Ingenieurempfindsamkeit« (Nietzsche 1887). Noch drastischer formulierte es der Philosoph Beinhardt im Jahr 1946: »Ist Technik, wie sie heute aussieht, nicht in sich selbst Gefahr, daß ihr natürliches Subjekt, der Mensch, ihr Objekt werden muß, an dem sie formt, den sie deformiert und desorganisiert?«

Die Angst vor der Technik, die Furcht vor der Rache der Natur und die Sorge um die Verselbständigung der technisch-or-

ganisatorischen Megamaschine, in deren Mitte der nicht mehr abstellbare Wachstumsmotor bis zur Endkatastrophe weiterläuft, das sind die Grundkomponenten der universellen Technik- und Wachstumskritik, wie man sie seit ca. 150 Jahren in Abständen von etwa dreißig bis fünfzig Jahren immer wieder beobachtet. Um diese Komponenten herum lagern sich die jeweils zeitabhängigen Themen ab. Heute sind dies: Umweltverschmutzung, Grenzen des Wachstums, Profitorientierung, Großtechnologie, Bürokratisierung, Konsumüberfluß.

Warum ist aber ausgerechnet die Kernenergie zu einem Symbol der Industriekritik geworden? Mit sechs Thesen soll versucht werden, diese Abwehrhaltung gegenüber der Kernenergie in einen größeren Rahmen einzuordnen:¹¹⁴

(1) Eine Verbindungslinie zwischen Kernenergienutzung und persönlich erlebten Vorteilen ist in der Wahrnehmung vieler Menschen gar nicht oder in nur geringem Maße vorhanden. Je mehr Technologien Konsumcharakter haben, desto eher werden sie auch angenommen.

Die Hochschätzung des Konsums und die Angst vor den dabei anfallenden Umweltschäden haben in der Bevölkerung zu einer Einstellungspolarität zwischen Produktion von Konsumgütern und ihrem Verbrauch geführt. Der Sozialpsychologe H. Ch. Röglin hat dies in einem Vortrag so ausgedrückt: »Wir lieben die Produkte des Konsums, aber wir verwerfen die Art, wie sie produziert werden.«¹¹⁵ Am Beispiel des elektrischen Stroms läßt sich das gut nachweisen. Kaum ein Sekundärenergieträger wird in der Bevölkerung so uneingeschränkt positiv bewertet wie der elektrische Strom, kaum eine industrielle Anlage wird so negativ bewertet wie Kraftwerke. Dieses paradoxe Ergebnis ergab eine repräsentative Untersuchung des Instituts für Demoskopie in Allensbach.

(2) Kernenergie ist auf die Rolle des Stellvertreters für Industriekultur quasi zugeschnitten. Der Soziologe Erwin K. Scheuch stellt fest: »Dieses Thema (die Kernenergie) eignet sich, um verschiedene Gefühle und Vorstellungen zu bündeln in eine Anklage gegen das politische System: die Klagen über

¹¹⁴ H. Ch. Röglin und L. Baumanns, Institut für angewandte Sozialpsychologie, Düsseldorf, sei für Anregungen zu der ersten und den beiden letzten Thesen gedankt.

¹¹⁵ H. Ch. Röglin, »The Social Psychology of the Nuclear Protest«, Vortrag auf dem ENS-FORATOM-IV-Kongreß, Manuskript, Hamburg (Kongreßzentrum) 1979.

die Rücksichtslosigkeit der Konzerne, die zunehmende Bedeutung von Sorge um die eigene Gesundheit, die Schuldgefühle über die eigene Lebensweise, die gestiegenen Ansprüche an die Qualität der Umwelt, die Angst vor dem Atom. Ökologie schrumpft im Bedeutungsgehalt zur Kernkraftpolitik und erhält damit eine Virulenz, die das Thema Ökologie als Sorge um viele Qualitäten unserer Umwelt nicht hatte.«¹¹⁶

(3) Für den Bürger sind Entscheidungen zur Kernenergie vor allem auch Entscheidungen über den Standort von Kernenergieanlagen. Die unmittelbar Betroffenen fühlen sich durch die Ansiedlung einer kerntechnischen Einrichtung in ihrer Umweltqualität beeinträchtigt, erfahren den volkswirtschaftlichen Nutzen jedoch nur in dem Maße, in dem dieser auch für alle anderen Bürger der Bundesrepublik Deutschland gilt. Die Politikwissenschaftler Gerhard Kiersch und Sabine von Oppeln schreiben dazu: »Die ablehnende Tendenz der Einstellung zum Kernkraftwerkbau in Wohnortnähe gegenüber der generellen Einstellung zum Kernenergieausbau kann als Abbild des Zielkonfliktes bewertet werden, der die Kernenergie Diskussion wesentlich bestimmt. Zum einen scheinen die ökonomischen und insbesondere energiewirtschaftlichen Rahmenbedingungen den Ausbau der Kernenergie zu rechtfertigen, zum anderen sprechen die Ziele individueller Lebensqualität gegen die industrielle Nutzung der gesundheits- und umweltgefährdenden Technologie. Die Folge ist, daß ein Großteil der Bürger sich generell für die Kernenergienutzung ausspricht, andererseits eine persönliche Betroffenheit möglichst weitgehend ausgeschlossen werden soll. Die Tatsache vor allem auf lokaler Ebene auftretender Proteste bei einem mehrheitlich pronuklearen Meinungsbild ... ist Ausdruck dieser ambivalenten Haltung der Bürger. So finden die Sicherheits- und Umweltschutzargumente der Protestbewegung im lokalen/regionalen Rahmen eine größere Resonanz als auf der überregionalen Ebene, wo ... die Furcht vor der ökonomischen Krise zu überwiegen scheint.«¹¹⁷

(4) Aufgrund der hohen Komplexität kerntechnischer Systeme, der mangelnden sinnlichen Wahrnehmbarkeit ionisierender Strahlung und der Augenfälligkeit technischer Sicherheits- und

¹¹⁶ E. K. Scheuch, »Kontroverse um Energie – ein echter oder ein Stellvertreterstreit«, in: H. Michaelis (Hrsg.), *Existenzfrage Energie*, Düsseldorf 1980, S. 279 ff.

¹¹⁷ G. Kiersch und S. von Oppeln, *Kernenergiekonflikt in Frankreich und Deutschland*, Berlin 1983, S. 80 f.

Sicherungsmaßnahmen (mit Festungscharakter) ist von vornherein eine psychische Abwehrhaltung gegen Kernkraftwerke und andere Einrichtungen des Brennstoffkreislaufs zu erwarten. Der Individualpsychologe Peter D. Pahner hat in seinen Studien nachweisen können, daß die Verdrängung von Unbehagen und Unverständnis gegenüber der technischen Entwicklung ein wesentlicher Antriebsmotor für die negative Haltung zur Kernenergie ist.¹¹⁸

(5) Mit der Nutzung der Kernspaltung werden eine Reihe von unbewußten oder unterbewußten Ängsten verbunden. In den sehr frühen Phasen der Kernenergieopposition der fünfziger Jahre – dieser Protest zeigt alle Merkmale einer Anpassungsschwierigkeit an Modernisierungstendenzen und von Aversionen aufgrund der Erfahrung mit Atombomben – gab es mehrere Versuche, psychoanalytisch die Opposition zur Kernenergie und zur Großtechnik zu erklären. Dabei wurden mythologische Ängste (Prometheus), Transfer von Nahrungsaufnahme und Ausscheidung auf Verseuchung von Lebensmitteln und radioaktiven Abfall und Verdrängungsmechanismen bei der Bewältigung der nuklearen Rüstung problematisiert.¹¹⁹ In jüngster Zeit hat Andreas Wünschmann diese Arbeiten noch einmal aufgegriffen und die Archetypenlehre von Jung auf die heutige Auseinandersetzung um Sonnen- und Kernenergie übertragen. Wünschmann führt in seinem Buch *Unbewußt dagegen?!* aus: »Die Wogen der Emotionalität, die oft eine sachbezogene Auseinandersetzung mit dem Thema Kernenergie wegzuschwemmen drohen, legen nahe, die Kontroverse mit dem allgemeinen, tiefen Seelenproblem des modernen Menschen in Zusammenhang zu bringen, da gerade bei Menschen, die in seelische Krisen geraten sind, die Tiefenstrukturen der Persönlichkeit besonders mobilisiert werden. Auf der einsetzenden Suche nach neuen ›Idealen‹ werden dabei oft tragischerweise die Schattenseite oder die archaischen Züge der menschlichen Seele vom Selbst abgespalten und unbewußt auf die Umwelt projiziert. Man sucht dann das Übel in der ungunstigen Gesellschaft oder in der den Menschen versklavenden Technik, und der Projizierende ist fest davon überzeugt, daß er selbst das schuld-

¹¹⁸ P. D. Pahner, *A Psychological Perspective of the Nuclear Energy Controversy*, RM-76-67, International Institute for Applied Systems Analysis, Laxenburg 1976.

¹¹⁹ L. von Erichsen, *Friedliche Nutzung der Kernenergie. Ihre Vorteile und Gefahren*, Berlin, Göttingen, Heidelberg 1962.

lose Opfer irgendwelcher von außen gegebener, mißlicher Umstände ist.«¹²⁰

(6) Die Vermittlung des Verständnisses von Techniken ist kein Problem der Information, sondern ein Problem des Vertrauens. Ohnehin wird der Bürger durch die Überfülle an Informationen überfordert. Wenn allerdings das Vertrauen, wie unter Textziffer 5.10.1 angeführt, weitgehend verlorengegangen ist, sucht der Mensch nach Informationen, die fehlendes Vertrauen ersetzen können. Dieses Phänomen findet man in der Medizin ebenso wie in der Kerntechnik. Je mehr man aber bei der Informationssuche auf widersprüchliche Aussagen stößt, ohne jedoch aufgrund mangelnder Vorkenntnisse die Richtigkeit oder Falschheit beurteilen zu können, desto eher ist mit einer abwartenden bis skeptischen Haltung zu rechnen. Deshalb ist auch der Versuch, mittels eines Bürgerdialogs¹²¹ von staatlicher Seite aus Informationen zur Meinungsbildung anzubieten, nur begrenzt wirksam: Zum einen muß ein solcher Dialog kontrovers angelegt sein, um glaubwürdig zu bleiben. Dies aber stärkt den Eindruck der Widersprüchlichkeit. Zum anderen muß die Entscheidung noch offen sein. Nach der erklärten Politik der damaligen Bundesregierung (ebenso wie der heutigen) war dies aber nicht mehr der Fall.¹²² Frustrationen waren also vorprogrammiert.

¹²⁰ A. Wünschmann, *Unbewußt dagegen?! Die Kontroverse um Atomkraft und Technik*, Stuttgart 1984, S. 84.

¹²¹ Im Rahmen des Bürgerdialogs Kernenergie wurden von 1976 bis 1979 1108 Veranstaltungen mit durchschnittlich jeweils zwei Veranstaltungstagen durchgeführt. Dieser Dialog wurde 1980 fortgesetzt und dann eingestellt. Ziel des Dialogs »Kernenergie und ihre Alternativen« war »die Information und Diskussion über die Notwendigkeit und Sicherheit, über Nutzen und Risiken der friedlichen Nutzung der Kernenergie in der Bundesrepublik Deutschland im Rahmen energie-, wirtschafts- und gesellschaftspolitischer Gesamtzusammenhänge« (Merkblatt 1980 des BMFT). In diesem Rahmen wurden auch Beiträge von Skeptikern und Kritikern der Kernenergie zur Diskussion gestellt.

¹²² Altbundeskanzler H. Schmidt erklärte auf der European Nuclear Conference im April 1979 in Hamburg, der in der Entwicklung der Kernenergie Engagierte habe eine »Bringschuld« zur Information der Bevölkerung. Bei dieser Gelegenheit bekräftigte er den Willen der Bundesregierung, an der Kernenergie festzuhalten. Bundeskanzler H. Kohl hat dies ebenfalls mehrfach zum Ausdruck gebracht.

5.10.4 Die Haltung der Bevölkerung zur Kernenergie

Trotz der psychologischen Negativgewichtung der Kernenergie ist es aber verfehlt, anzunehmen, die Mehrheit der Bevölkerung stünde der weiteren Nutzung der Kernenergie skeptisch gegenüber. Alle Umfragen der letzten Jahre haben bestätigt, daß die meisten Bürger der Bundesrepublik Deutschland die weitere Nutzung der Kernenergie befürworten. Diese Grundhaltung der bundesdeutschen Bevölkerung galt zumindest bis zur Reaktorkatastrophe von Tschernobyl. Noch 1984 stimmten nach Befragungsdaten des Instituts für Demoskopie Allensbach rund 20% für den Zubau neuer Kernkraftwerke, 50% für den Weiterbetrieb bestehender Anlagen und 15% für Stilllegung. Weitere 10% wollen sich nicht festlegen. Im Kontrast dazu votieren 44% der Politiker, 42% der Journalisten, 95% der Repräsentanten der Energiewirtschaft und 83% der befragten Wissenschaftler für den weiteren Ausbau.¹²³

Die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl und die Unfälle und technischen Pannen im Weltraumprogramm der NASA haben in jüngster Zeit zu einer verstärkten Verunsicherung der Bevölkerung geführt. So stieg der Anteil der Gegner der Kernenergie von ca. 35 Prozent vor dem Reaktorunfall auf knapp 70 Prozent nach dem Unfall. Allerdings sind solche Meinungsbrüche meist nicht von langer Dauer. Nach Harrisburg sank die Zustimmung zur nuklearen Energieversorgung um mehr als 15 Prozent, innerhalb eines Jahres wurden jedoch wieder die alten Relationen zwischen Befürworter und Gegner der Kernenergie wiederhergestellt. Inwieweit Tschernobyl eine bleibende Einstellungsänderung bewirken wird, ist zur Zeit noch nicht abzusehen. Das Institut für Demoskopie in Allensbach ermittelte nach dem Unfall ein Ansteigen der Personengruppe, die den sofortigen Ausstieg aus der Kernenergie befürwortet, von knapp 15 auf über 30 Prozent. Dennoch beweisen die Wahlergebnisse in den Niederlanden und in Niedersachsen, daß die Frage der Kernenergie für die meisten Bürger nicht von so zentraler Bedeutung ist, daß sie ihr Wahlverhalten in größerem Umfang ändern.

Interessant ist noch anzumerken, daß der Unfall in Tschernobyl so gut wie keinen Einfluß auf die Volksmeinung in

¹²³ Institut für Demoskopie Allensbach, *Kernenergie und Öffentlichkeit. Eine Befragung von Politikern, Journalisten, Experten und Bevölkerung*, Allensbach 1984, S. 32.

Frankreich, Spanien, Italien, Japan und in den USA ausgeübt hat. Dagegen wurden starke Einstellungsveränderungen in Skandinavien, der Bundesrepublik Deutschland und Österreich gemessen. Je größer der meßbare Schaden durch radioaktive Substanzen gewesen ist, desto intensiver war die Reaktion der Bevölkerung.

Bereits vor dem Unfall waren die meisten Bürger der Bundesrepublik Deutschland der Überzeugung, daß die Mehrheit ihrer Mitbürger die Kernenergie ablehnen. Die umfangreiche Berichterstattung über Protestaktionen und Demonstrationen hat den Eindruck hinterlassen, die gesamte Bevölkerung lehne die Kernenergie ab.¹²⁴ Der subjektive Eindruck, eine bestimmte Meinung sei die Mehrheitsmeinung, kann häufig zu einer sich selbst erfüllenden Prophezeiung werden. Ist jemand davon überzeugt, daß alle Mitglieder seiner Bezugsgruppe eine andere Meinung teilen als er selbst, dann wird er häufig seine eigene Grundhaltung überdenken. Demgemäß zeigt sich in der öffentlichen Diskussion eine deutliche Inanspruchnahme offensiver Positionen mit moralischen Argumenten auf seiten der Gegner und von defensiven Positionen mit technischen Argumenten auf seiten der Befürworter.¹²⁵

Die eher zurückhaltende Einstellung der Befürworter drückt sich auch in der Handlungsbereitschaft dieser Gruppe aus. Befürworter setzen sich wesentlich seltener für ihre Einstellung öffentlich ein als Gegner. Während über 20% der Gegner ihre Bereitschaft erklären, an einer Demonstration gegen die Nutzung der Kernenergie teilzunehmen, sind es auf der Befürworterseite nur knapp 3%, die bei einer Kundgebung für Kernenergie mitwirken wollen. Diese Asymmetrie in der Handlungsbereitschaft hat wesentlich dazu beigetragen, daß in der Öffentlichkeit und in der veröffentlichten Meinung rein quantitativ der Anteil der Kernenergiegegner überschätzt wird.¹²⁶

¹²⁴ Vgl. O. Renn, *Risikowahrnehmung der Kernenergie*, Frankfurt/M., New York 1984, S. 286.

¹²⁵ Dies ist anschaulich dokumentiert in dem Abschlußbericht der Studie Sozialverträglichkeit der KFA Jülich. Vgl. O. Renn et al., *Sozialverträgliche Energiepolitik. Ein Gutachten für die Bundesregierung*, München 1985.

¹²⁶ Vgl. O. Renn, *Risikowahrnehmung der Kernenergie*, a. a. O., S. 248 ff.

5.10.5 Besondere Fragen zum Akzeptanzproblem

Die Kernenergie ist in einem Dilemma, weil ihr – potentieller – Versorgungsbeitrag zum Teil erst in der Zukunft liegt. Zutreffend stellt H. K. Biedenkopf fest, es sei in einem demokratischen Entscheidungsverfahren ungewöhnlich schwierig, »Dringlichkeiten von morgen zu Prioritäten von heute zu erklären und sie gegen Dringlichkeiten von heute durchzusetzen«.¹²⁷

In der Auseinandersetzung um die Akzeptanz der Kernenergie stehen sich zwei Grundauffassungen einander gegenüber:

- Auf der einen Seite der Glaube an die Technik, an den Fortschritt, an das Wachstum und an die geltende liberale Wirtschafts- und freiheitliche Gesellschaftsordnung, basierend auf der Auffassung, daß alles Denken und Handeln letztlich rational bestimmt ist und in diesem Rahmen die Kernenergie ihren wohldefinierten ökonomischen und damit auch politischen und gesellschaftlichen Platz haben muß.
- Auf der anderen Seite der Glaube, daß das »Paradigma der ›fortschrittlichen‹ Wachstumsgesellschaft« überholt ist und damit auch das prioritäre energiepolitische Anliegen dieser Gesellschaft, »vorsorglich« Kernkraftwerke zu bauen. »Dieses Vorsorge-Argument verschleiert die Optionen, insbesondere die Konkurrenz der Energiesparmaßnahmen und der Kernenergie um Kapital als dem eigentlichen energiepolitischen Engpaß.«¹²⁸ Vorrangig wäre daher nicht der Ausbau des Energieerzeugungspotentials, sondern die Reduktion der Nachfrage durch rationelle Energienutzung. Wie der Autor an anderer Stelle dargelegt hat¹²⁹ und wie dies die meisten Promotoren dieser Auffassung auch explizit fordern, kann dieses Ziel nur in einer geänderten Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung erreicht werden.

Von hier führt nur noch ein Schritt zu dem Bekenntnis: »Selbst wenn alle KKW absolut risikofrei gebaut sind ... gerade das wäre die Katastrophe!«¹³⁰ Es komme darauf an, die Menschheit von der »Energiesucht« zu heilen! Um es deutlich zu machen: Hier wird – sicherlich extrem und singulär – die Kernenergie nur deshalb verurteilt, weil ihr möglicher Beitrag zur Energieversorgung uns an einer Umstellung von der Marktwirtschaft auf eine Zuteilungswirtschaft, jedenfalls einer Wirtschaft ohne Energiesucht, hindern könnte.

Die Chance, den Protest gegen Kernenergie als ein Vehikel zur Änderung der bestehenden Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu mißbrauchen, wird naturgemäß von politisch radikalen Gruppierungen weidlich ausgenutzt. Dennoch wäre es verfehlt, anzunehmen, das Gros der Kernenergiegegner handele aus politischen Motiven. Überwiegend handelt es sich bei den Gegnern um verunsicherte, umweltbewußte und sozial engagierte Bürger, die keineswegs politische radikale Ansichten vertreten. Der Übergang von einer punktuellen Kritik an der Kerntechnik zu einer generellen Ablehnung der Industriekultur ist jedoch fließend. Die

¹²⁷ K. H. Biedenkopf, »Bietet die Marktwirtschaft langfristig die Gewähr einer optimalen Bewertung und Verteilung begrenzter Energieressourcen?«, in: H. Rühle und M. Miegel (Hrsg.), *Energiepolitik in der Marktwirtschaft*, Bonn 1980, S. 13.

¹²⁸ K. Traube, »Die sinnlose Verschwendung ist das eigentliche Problem«, *Frankfurter Rundschau* vom 4. Dezember 1980.

¹²⁹ O. Renn, *Die sanfte Revolution*, Essen 1980.

¹³⁰ Pfarrer Koller in einem Leserbrief, veröffentlicht am 22. April 1980 im *Schweinfurter Tagblatt*.

Furcht vor einer angeblich drohenden Umweltkatastrophe und der Ärger über die scheinbar in Umweltfragen unfähigen Politiker lösen bei vielen Bürgern Zweifel an Sinn und Notwendigkeit der bestehenden Wirtschaftsverfassung aus. Stellvertretend für viele sei hier ein Zitat eines der renommiertesten Kernenergiekritiker, Amory Lovins, wiedergegeben: »Aus all diesen Gründen würde die Atomkraft, selbst wenn sie sauber, sicher, wirtschaftlich und sozial fortschrittlich wäre und wenn es hinreichend Brennstoff für sie gäbe, aufgrund der politischen Auswirkungen der Art von Energiewirtschaft, in die sie uns hineinzwänge, immer noch unattraktiv sein.«¹³¹

Die bisherigen Bemühungen von Politikern und Wissenschaftlern, die eine weitere Nutzung der Kernenergie befürworten, den Zusammenhang zwischen preiswerter Energieerzeugung und wirtschaftlichem Wohlergehen am Beispiel der Kernenergie zu verdeutlichen, hat in der Bevölkerung nur begrenzten Widerhall gefunden. Zwar sind die meisten Bürger auch heute noch davon überzeugt, daß mit Hilfe der Kernenergie langfristig und rentabel Elektrizität bereitgestellt werden kann, eine Ablehnung der Kernenergie aus Umweltgesichtspunkten oder personaler Gefahrenabwehr wird jedoch nicht als Eingriff in das Wirtschaftsleben verstanden, sondern im Sinne einer staatlichen Fürsorgepflicht als ein Teil der Vorsorgepolitik der Regierung angesehen. Inwieweit diese Einschätzung berechtigt ist oder nicht, soll hier nicht weiter erörtert werden. Von seiten der Energiewirtschaft würde ein Verbot der Kernenergie als schwerwiegender Eingriff in die bestehende Wirtschaftsordnung gewertet.

5.10.6 Sozialverträglichkeit

Die erste Enquetekommission »Zukünftige Kernenergiepolitik« hat ihren Arbeiten vier Kriterien für die Bewertung von Energiesystemen zugrunde gelegt:

- Wirtschaftlichkeit,
- internationale Verträglichkeit,
- Umweltverträglichkeit,
- Sozialverträglichkeit.

Im Beratungszeitraum ließ die Kommission das Wirtschaftlichkeitskriterium – aus Zeitgründen – außer Betracht und berücksichtigte das Kriterium internationaler Verträglichkeit nur am Rande. Zu Fragen der Umwelt- und Sozialverträglichkeit wurden eigene Untergutachten in Auftrag gegeben. In unserem Zusammenhang ist vor allem der Begriff der »Sozialverträglichkeit« von Interesse.

Nach K. M. Meyer-Abich¹³² geht es bei der Sozialverträglichkeit um die Prüfung der Akzeptabilität oder um die Bewertung technischer Innovationen in bezug auf die gesellschaftli-

¹³¹ A. Lovins, *Sanfte Energie*, Reinbek 1978, S. 109.

¹³² U. Steger und K. M. Meyer-Abich, *Handlungsspielräume der Energiepolitik*, Villingen 1980, S. 138.

che Ordnung und Entwicklung. Die Sozialverträglichkeit geht über den Begriff der »sozialen Akzeptanz« als Gegenstand der empirischen Sozialforschung insofern hinaus, als sie die Energieoptionen und ihre Folgen auch darauf prüft, ob sie im Einklang mit der verfassungsmäßigen Ordnung stehen. Nach K. M. Meyer-Abich trägt die Untersuchung der Sozialverträglichkeit somit dazu bei, gesellschaftlich akzeptable Lösungen zu finden.

Nach dem Bericht der Enquetekommission (S. 13 der Bundestagsdrucksache 8/4341) ist ein Energiesystem *sozialverträglich*, d. h. für den einzelnen und für die Gesellschaft mit der sozialen Ordnung und Entwicklung vereinbar, wenn es

- (1) die verfassungsrechtlich gewährleisteten Grundrechte und Prinzipien – Rechtsstaatlichkeit, Revidierbarkeit politischer Entscheidungen usw. – weder einschränkt noch gefährdet;
- (2) Freiräume für persönliche Entscheidungen in der Lebensführung offenhält;
- (3) für die Zukunft die wirtschaftlichen und technischen Entwicklungen nicht so weit festschreibt, daß dadurch »die Flexibilität künftiger Generationen hinsichtlich Wertvorstellungen und Lebensformen beeinträchtigt wird«, dazu gehört auch, »die Verfügbarkeit von Ressourcen nicht so zu reduzieren, daß künftige Generationen schlechter gestellt sein werden als die heutige Menschheit«;
- (4) möglichst weitgehend von regenerativen oder praktisch unerschöpflichen Energiequellen Gebrauch macht;
- (5) reibungslose Übergänge auf zukünftige Energiesysteme gestattet;
- (6) auf breitem politischem Konsens beruht.

Bis auf das sechste Kriterium (s. w. u.) ist gegen diesen Kriterienkatalog sicherlich nichts einzuwenden. Es kommt nur darauf an, wie diese Kriterien interpretiert werden. In unserem Zusammenhang interessiert vor allem die Frage nach dem Abschneiden der Kernenergie auf den Kriterien der Sozialverträglichkeit. Auf den ersten Blick scheinen die obengenannten Kriterien für die Kernenergie negativ zu wirken. Daß auch das Gegenteil möglich ist, zeigen die folgenden Bemerkungen:

Zu (1): Auch eine politische Entscheidung, die vorhandenen nutzbaren Vorräte an fossilen Brennstoffen beschleunigt abzubauen, ist nicht revidierbar. Überhaupt sind die meisten politischen Entscheidungen, die mit einem Verbrauch oder Umsetzung von Ressourcen verbunden sind, prinzipiell irreversibel. Die Kernenergie ist somit nicht besser oder schlechter zu bewerten als ihre Alternativen. Selbst bei Nutzung der regenerativen Energiequellen wird in großem Umfang Baumaterial (Stahl, Beton usw.) benötigt, der anderen Zwecken entzogen wird.

Zu (2): Die Gestaltung der persönlichen Lebensführung hängt nicht davon ab,

ob der Strom aus Kohle oder Kernenergie erzeugt worden ist. Man könnte vielmehr so argumentieren: Je uneingeschränkter und kostengünstiger Elektrizität – dank Kernenergie – zur Verfügung steht, um so mehr Freiräume stehen für die persönliche Lebensführung zur Verfügung.

Z_M (3): Es ist keineswegs ausgeschlossen, daß künftige Generationen mit der Nutzung der Kernenergie weniger Wertverletzungen erleben als mit der Inanspruchnahme alternativer Energieträger. Gerade die Behinderung von Innovationen kann langfristig die notwendige Substitution knapper Naturgüter verhindern und erst die Mangelsituation auslösen.

Z_M (4): Gerade die Kernenergienutzung stützt sich auf praktisch unerschöpfliche Energiequellen, sofern fortgeschrittene Reaktortypen zum Einsatz kommen.

Z_M (5): Wenn man davon ausgeht, daß die fossilen Brennstoffe knapper und teurer werden und auf längere Sicht – wenigstens teilweise – substituiert werden müssen, so werden durch den – möglicherweise nur vorübergehenden – Einsatz der Kernenergie Übergänge auf zukünftige Energiesysteme eher erleichtert als erschwert.

Diese fünf Bemerkungen am Rande haben keineswegs zum Ziel, die Entwicklung der Kernenergie zu rechtfertigen. Sie sollen nur zeigen, daß sich aus den genannten Kriterien sowohl ein Pro- als auch ein Kontra-Standpunkt ableiten lassen. Eine Beurteilung der Sozialverträglichkeit von Energiesystemen kann nur im Vergleich mit möglichen Alternativen erfolgen. Unter diesem Gesichtspunkt wird schnell offenbar, daß viele Nachteile der Kernenergienutzung auch für andere Energieträger gelten und manche Vorteile exklusiv für die nukleare Energieerzeugung sprechen. Letztendlich ist dies eine Zielabwägung, die jeder selbst vornehmen muß.

In den jüngsten Auseinandersetzungen um die Akzeptanz der Kernenergie spielt das letzte, sechste Kriterium eine herausragende Rolle. Die Forderung, nur Energiesysteme zu entwickeln, die »von einem breiteren politischen Konsens getragen werden«, ist bestechend. Man sollte aber die folgende politische Situation nicht übersehen: Eine Regierung, welche – auf welchem Gebiet auch immer – nur Entscheidungen trifft, die auf einem breiten politischen Konsens beruhen, ist weitgehend handlungsunfähig. Was in schwierigen Lagen nottut – und wer will leugnen, daß die Energielage schwierig ist –, sind mutige, häufig unpopuläre Entscheidungen. Warten auf breiten politischen Konsens ist gleichbedeutend mit Attentismus, die wohl schlechteste energiepolitische Handlungsmaxime.

Werden Entscheidungen pro Kernenergie vom politischen Konsens abhängig gemacht, so kann sich zudem eine ausweglose Lage einstellen: Solange auf den Konsens gewartet wird, gibt es keine Realisation und damit auch keine Möglichkeiten des Nachweises der Bewährung. Gerade dieser Nachweis wäre aber notwendig, um zu einem Konsens zu gelangen. Angesichts der Zahl der zufriedenstellend arbeitenden Kraftwerke ist eine solche ausweglose Lage für die Leichtwasser-Linie nicht mehr

gegeben. Wohl kann dies aber für die Wiederaufarbeitung und den Brüter der Fall sein. Neue Entwicklungen brauchen notwendigerweise einen Vertrauensvorschuß, um sich bewähren zu können. In einer solchen Situation ist aber Dissens unvermeidbar. Da man jedoch nicht grundsätzlich auf Neuerungen verzichten kann, sind auch Entscheidungen bei Dissens politiknotwendig.

Ein Gutachten des Essener Professors und heutigen Wissenschaftssenators Klaus Michael Meyer-Abich und des Frankfurter Professors Bertram Schefold zum Thema Sozialverträglichkeit verlangt für die Entscheidung zum weiteren Ausbau der Kernenergie eine konsensuale Beschlußfassung, da das hohe Gefährdungspotential und die Irreversibilität der Folgen der Kernenergienutzung eine Zustimmung aller gesellschaftlicher Gruppen erfordern würden. Außerdem glauben die Autoren, daß die heute vorherrschenden Wertvorstellungen in der Gesellschaft durch einen starken Ausbau der Kernenergie verletzt würden, so daß eine Umorientierung der Energiepolitik zugunsten von Einsparung und Solarenergie politisch geboten sei.¹³³

In dieser Frage kommt auch die schon erwähnte Sozialverträglichkeitsstudie der KFA Jülich zu einem ähnlichen Schluß: Ein starker Ausbau der Kernenergie verbunden mit einer angebotsorientierten Energiepolitik stößt bei der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung auf Ablehnung. Allerdings zeigt diese Studie auch, daß bei sachgemäßer Unterrichtung der Öffentlichkeit ein moderater pronuklearer Kurs der Energiepolitik durchaus konsensfähig sein kann, sofern die Entsorgungsprobleme technisch und politisch gelöst und Alternativen zu industriellen Lebensstilen offengehalten werden können. Ein moderater antinuklearer Kurs ist jedoch nach dieser Studie ebenso als sozialverträglich einzustufen.¹³⁴

5.10.7 Abschließende Bemerkungen

Für zahlreiche engagierte Kernenergiegegner ist die Energie heute in einem solchen Maße zum Negativsymbol für Technik,

¹³³ K. M. Meyer-Abich und B. Schefold, *Die Grenzen der Atomwirtschaft*, Beck'sche Schwarze Reihe, München 1986.

¹³⁴ O. Renn et al., *Sozialverträgliche Energiepolitik*, a. a. O., S. 280 ff.; ferner die Beiträge des wissenschaftlichen Beirates des Jülicher Projektes »Sozialverträglichkeit« in dem Buch von H. Jungermann et al., *Die Analyse der Sozialverträglichkeit für die Energiepolitik*, HTV-Verlag, München 1985.

Fortschritt, ja selbst für die bestehende Wirtschaftsordnung geworden, daß sich ihr Widerstand gegen die Industriekultur als die herrschende Wertordnung richtet. Die Frage, ob die Kernenergie akzeptiert werden soll, wird daher mehr oder minder mit der Frage verknüpft, ob wir die Werte und Ordnungen, auf die unser Wirtschaftssystem fußt, erhalten oder verwerfen sollen. Diese Tendenz zur Verknüpfung ist nicht etwa Ausdruck eines unlösbaren Zusammenhangs, sondern vielmehr Ergebnis der politischen Entwicklung.

In den letzten Jahren sind aber den meisten Bürgern die Errungenschaften einer freiheitlichen Wirtschaftsverfassung wieder bewußter geworden. Nur durch Privatinitiative, innovative Durchbrüche und wirtschaftliche Handlungsfreiheit lassen sich die Wirtschaftsprobleme der heutigen Zeit dauerhaft lösen. Wenn die Kernenergie als ein Element dieser neu zu beobachtenden Rückbesinnung auf die Selbstheilungskraft der Wirtschaft angesehen wird, dann ist in Zukunft damit zu rechnen, daß die heftigen Auseinandersetzungen um die Einführung dieser Technologie einer nüchternen und sachlichen Bestandsaufnahme und Abwägung weichen werden.